

Art. 19 - Wijziging van het huishoudelijk reglement

Voor elk voorstel tot wijziging van dit huishoudelijk reglement is de goedkeuring van de Regering vereist.

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering tot goedkeuring van het huishoudelijk reglement van de adviescommissie over de beroepen vermeld in artikel D.I.6 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling. Eupen, 15 oktober 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/205321]

26. NOVEMBER 2020 — Erlass der Regierung zur Verlängerung der Gewährung der erhöhten AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse und zur Anpassung des Maximalbudgets der lokalen Behörden

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 25 Absatz 2 und Artikel 43.2 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2020;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. November 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 23. November 2020;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die Föderalregierung seit dem 13. März 2020 auf Anraten des Nationalen Sicherheitsrates im Kontext der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise außerordentliche Maßnahmen ergriffen hat; dass diese Maßnahmen weitreichende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben haben, die nach wie vor flächendeckend spürbar sind, darunter auch in den Einrichtungen, Organisationen und Unternehmen auf dem deutschen Sprachgebiet; dass die Krise und ihre Folgen ganz erhebliche, negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation haben; dass einige Aktivitäten der besagten Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen aufgrund der Krise und ihrer Folgen zurzeit immer noch teilweise stark eingeschränkt sind; dass dies womöglich weiterhin eine Steigerung der Arbeitslosigkeit innerhalb der besagten Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen zur Folge haben könnte; dass es dringend notwendig scheint, die sich möglicherweise daraus ergebende Arbeitslosigkeit weiterhin einzudämmen; dass die aufgrund dieses Erlasses vorgesehene Verlängerung der ergriffenen Maßnahmen als das für die Erreichung dieser Zielsetzung angemessenste Mittel zu sein scheint;

In der Erwägung, dass darüber hinaus die Krise die Regelungen für Beschäftigung, Berufsausbildung, sozial-berufliche Integration und die Sozialwirtschaft sowie die Ziele, die mit diesen Regelungen erreicht werden sollen, gefährden könnte; dass der Grundsatz der Kontinuität der öffentlichen Dienste zu gewährleisten ist und es daher notwendig ist, die Organisation der öffentlichen Dienste weiterhin anzupassen, die für die Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, sozial-berufliche Integration und Sozialwirtschaft zuständig sind, wobei insbesondere die Achtung der Rechte ihrer Begünstigten zu gewährleisten ist;

In der Erwägung, dass Artikel 43.5 des Dekretes vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, eingefügt durch Artikel 1 des Krisendekrets 2020 (II) vom 27. April 2020 vorsieht, dass die Regierung den in diesem Artikel erwähnten Zeitraum einmalig um dieselbe Dauer verlängern kann; dass diese Verlängerung mittels eines besonders im Hinblick auf die Notwendigkeit begründeten Erlasses erfolgen muss;

In der Erwägung, dass die Regierung die Notwendigkeit einer Verlängerung der erhöhten Zuschüsse um weitere sechs Monate darin sieht, dass die Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise nach wie vor die Behörden und Bürger in den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets im Griff hält und weiterhin dafür gesorgt werden muss, dass sowohl die Betriebe als auch die AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten alldem nicht zum Opfer fallen und den AktiF (PLUS)-Berechtigten ein sicheres Beschäftigungsverhältnis ermöglicht bleiben soll und weiterhin Anreize zur Einstellung dieses Zielpublikums notwendig sind;

In der Erwägung, dass demnach unter diesen Umständen eine Verlängerung der erhöhten Zuschüsse um dieselbe Dauer, das heißt bis zum 30. Juni 2021 einschließlich, folgerichtig ist;

In der Erwägung, dass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses aus vorstehenden Gründen keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 54.2 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekretes vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 14. Mai 2020, wird die Wortfolge "31. Dezember 2020" ersetzt durch die Wortfolge "30. Juni 2021".

Art. 2 - In Artikel 54.3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 14. Mai 2020, wird die Wortfolge "31. Dezember 2020" ersetzt durch die Wortfolge "30. Juni 2021".

Art. 3 - In Artikel 54.4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 14. Mai 2020, wird die Wortfolge "31. Dezember 2020" ersetzt durch die Wortfolge "30. Juni 2021".

Art. 4 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 15. Oktober 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird der Betrag "1.542.061,40 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.603.744 Euro";
2. in Absatz 2 wird der Betrag "7.648,00 Euro" ersetzt durch den Betrag "7.954 Euro";
3. in Absatz 3 wird der Betrag "104.124,97 Euro" ersetzt durch den Betrag "108.290 Euro".

Art. 5 - Artikel 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 15. Oktober 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird der Betrag "140.803,40 Euro" ersetzt durch den Betrag "146.436 Euro";
2. in Absatz 2 wird der Betrag "7.648,00 Euro" ersetzt durch den Betrag "7.954 Euro".

Art. 6 - In Artikel 2.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 14. Mai 2020, wird Absatz 4 durch folgende Absätze 4 und 5 ersetzt:

"Ab dem 1. Januar 2021 wird die in Absatz 1 erwähnte Sonderzuwendung, die effektiv beansprucht wurde, der Basiszuwendung bzw. dem abgetretenen Budget der jeweiligen lokalen Behörde hinzugefügt.

Die in Absatz 4 erwähnte Sonderzuwendung wird ab dem 1. Januar 2021 um 4 % erhöht."

Art. 7 - In den Erlass der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird folgender Artikel 2.2 eingefügt:

"Art. 2.2 - Unbeschadet der Artikel 1 bis 2.1 gewährt die Regierung den in Artikel 24 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung erwähnten Arbeitgebern für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 30. Juni 2021 eine zweckgebundene Sonderzuwendung im Verhältnis zu den AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüssen, die für Neueinstellungen ab diesem Datum gewährt werden.

Ab dem 1. Juli 2021 wird die in Absatz 1 erwähnte Sonderzuwendung, die effektiv beansprucht wurde, der Basiszuwendung bzw. dem abgetretenen Budget der jeweiligen lokalen Behörde hinzugefügt."

Art. 8 - Gemäß Artikel 43.7 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird der vorliegende Erlass unmittelbar nach seiner Verabschiedung dem Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

Art. 9 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Art. 10 - Der für Beschäftigung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 26. November 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/205321]

26 NOVEMBRE 2020. — Arrêté du Gouvernement prolongeant l'octroi des subventions AktiF et AktiF PLUS majorées et adaptant le budget maximal des pouvoirs locaux

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'article 25, alinéa 2, et l'article 43.2, alinéa 2, inséré par le décret du 27 avril 2020;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 novembre 2018 fixant la dotation de base et les dotations supplémentaires dans le cadre des mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 novembre 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 23 novembre 2020;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que le Gouvernement fédéral, sur recommandation du Conseil national de sécurité, a pris, depuis le 13 mars 2020, des mesures exceptionnelles dans le contexte de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19); que ces mesures ont une incidence considérable sur la vie sociale, incidence qui reste largement visible, y compris au niveau des institutions, organisations et entreprises en région de langue allemande; que la crise et ses conséquences ont des incidences négatives considérables sur la situation économique; que certaines activités des institutions, organisations et entreprises susvisées sont encore et toujours limitées, parfois fortement, en raison de la crise et de ses suites; que cela pourrait peut-être même conduire à une nouvelle augmentation du chômage au sein de ces organisations, institutions et entreprises; qu'il semble nécessaire et urgent de continuer à contenir le chômage qui en résulterait; que la prolongation des mesures prises, prévue par le présent arrêté, semble être le moyen le plus approprié pour atteindre cet objectif;

Considérant que la crise pourrait en outre menacer les réglementations prises en matière d'emploi, de formation professionnelle, d'intégration socioprofessionnelle et d'économie sociale ainsi que les objectifs qu'elles devraient permettre d'atteindre; que le principe de la continuité des services publics doit être garanti et qu'il est dès lors nécessaire de continuer à adapter l'organisation des services publics compétents pour les mesures prises en matière d'emploi, de formation professionnelle, d'intégration socioprofessionnelle et d'économie sociale, en veillant particulièrement au respect des droits de leurs bénéficiaires;

Considérant que l'article 43.5 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, inséré par l'article 1^{er} du décret de crise 2020 (II) du 27 avril 2020, prévoit que le Gouvernement peut prolonger une fois de la même durée la période mentionnée dans le même article; que cette prorogation doit être effectuée par le biais d'un arrêté spécialement justifié au regard de la nécessité;

Considérant que le Gouvernement voit, dans le fait que la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19) continue à frapper les autorités et les citoyens dans les communes de la région de langue allemande, la nécessité de prolonger de six mois supplémentaires les subventions majorées et qu'il faut continuer à veiller à ce que tant les entreprises que les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS n'en soient pas victimes, que lesdits bénéficiaires doivent pouvoir avoir une relation de travail sûre et que des incitants à l'embauche de ce public cible restent nécessaires;

Considérant que, dans ces conditions, il est logique de prolonger pour la même durée, soit jusqu'au 30 juin 2021 inclus, les subventions majorées;

Considérant que, pour toutes ces raisons, l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. - Dans l'article 54.2 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2020, la date du « 31 décembre 2020 » est remplacée par la date du « 30 juin 2021 ».

Art. 2. - Dans l'article 54.3 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2020, la date du « 31 décembre 2020 » est remplacée par la date du « 30 juin 2021 ».

Art. 3. - Dans l'article 54.4 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2020, la date du « 31 décembre 2020 » est remplacée par la date du « 30 juin 2021 ».

Art. 4. - À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 22 novembre 2018 fixant la dotation de base et les dotations supplémentaires dans le cadre des mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, modifié par l'arrêté ministériel du 15 octobre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le montant « 1 542 061,40 euros » est remplacé par le montant « 1 603 744 euros »;

2° dans l'alinéa 2, le montant « 7 648,00 euros » est remplacé par le montant « 7 954 euros »;

3° dans l'alinéa 3, le montant « 104 124,97 euros » est remplacé par le montant « 108 290 euros ».

Art. 5. - À l'article 2 du même arrêté, modifié par l'arrêté ministériel du 15 octobre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le montant « 140 803,40 euros » est remplacé par le montant « 146 436 euros »;

2° dans l'alinéa 2, le montant « 7 648,00 euros » est remplacé par le montant « 7 954 euros ».

Art. 6. - Dans l'article 2.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2020, l'alinéa 4 est remplacé par les alinéas 4 et 5 rédigés comme suit :

« À partir du 1^{er} janvier 2021, l'allocation spéciale mentionnée à l'alinéa 1^{er} qui a été effectivement demandée est ajoutée à la dotation de base ou, selon le cas, au budget concédé par le pouvoir local concerné.

L'allocation spéciale mentionnée à l'alinéa 4 est majorée de 4 % à partir du 1^{er} janvier 2021. »

Art. 7. - Dans l'arrêté du Gouvernement du 22 novembre 2018 fixant la dotation de base et les dotations supplémentaires dans le cadre des mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, il est inséré un article 2.2. rédigé comme suit :

« Art. 2.2. — Sans préjudice des articles 1^{er} à 2.1, le Gouvernement octroie aux employeurs mentionnés à l'article 24 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, une allocation affectée spéciale pour la période allant du 1^{er} janvier 2021 au 30 juin 2021, proportionnelle aux subventions AktiF et AktiF PLUS octroyées à partir de cette date pour de nouveaux engagements.

À partir du 1^{er} juillet 2021, l'allocation spéciale mentionnée à l'alinéa 1^{er} qui a été effectivement demandée est ajoutée à la dotation de base ou, selon le cas, au budget concédé par le pouvoir local concerné. »

Art. 8. - Conformément à l'article 43.7 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, le présent arrêté est transmis au président du Parlement de la Communauté germanophone immédiatement après son adoption.

Art. 9. - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2021.

Art. 10. - Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 26 novembre 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports,

de l'Emploi et des Médias

I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/205321]

26 NOVEMBER 2020. — Besluit van de Regering tot verlenging van de toekenning van de verhoogde AktiF- en AktiF PLUS-subsidies en tot aanpassing van het maximumbudget van de plaatselijke besturen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, artikel 25, tweede lid, en artikel 43.2, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 27 april 2020;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 november 2018 tot vaststelling van de basisdotatie en de bijkomende dotaties in het kader van de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 19 november 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 23 november 2020;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat de federale regering sinds 13 maart 2020, op advies van de Nationale Veiligheidsraad, buitengewone maatregelen heeft genomen naar aanleiding van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan; dat die maatregelen verstrekkingen hebben voor het maatschappelijk leven die nog altijd overal voelbaar zijn, onder meer ook bij de instellingen, organisaties en ondernemingen in het Duitse taalgebied; dat de crisis en de gevolgen van de crisis bijzonder negatieve uitwerkingen hebben op de hele economische situatie; dat sommige activiteiten van de bedoelde organisaties, instellingen en ondernemingen nog altijd - en soms nog heel sterk - te lijden hebben onder de crisis en de gevolgen van de crisis; dat dit nog altijd tot een stijging van de werkloosheid in de genoemde organisaties, instellingen en ondernemingen kan leiden; dat het dringend en noodzakelijk lijkt de daaruit voortvloeiende werkloosheid in te dijken; dat de verlenging van de maatregelen die in dat besluit zijn vervat nog altijd de beste manier lijkt om dat doel te bereiken;

Overwegende dat de crisis bovendien een gevaar inhoudt voor de regelingen inzake werk, beroepsopleiding, socio-professionele integratie en sociale economie, alsook voor de doelstellingen die met die regelingen worden beoogd; dat het beginsel van de continuïteit van de openbare dienstverlening gewaarborgd moet worden en dat het bijgevolg noodzakelijk is de organisatie van de openbare diensten die bevoegd zijn voor werkgelegenheid, socio-professionele integratie en sociale economie te blijven aanpassen, waarbij in het bijzonder de rechten van de begunstigen van die regelingen moeten worden gewaarborgd;

Overwegende dat artikel 43.5 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, ingevoegd bij artikel 1 van het crisisdecreet 2020 (II) van 27 april 2020, bepaalt dat de Regering de in dat artikel vermelde periode één keer met dezelfde duur kan verlengen; dat die verlenging moet geschieden bij een besluit waarin in het bijzonder de noodzakelijkheid wordt gemotiveerd;

Overwegende dat de Regering het noodzakelijk acht de toekenning van de verhoogde subsidies nog eens met zes maanden te verlengen, gelet op het feit dat de instanties en de burgers in de gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap nog altijd te lijden hebben onder de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan en gelet op het feit dat er dus nog altijd voor gezorgd moet worden dat noch de bedrijven, noch de AktiF-gerechtigden of AktiF PLUS-gerechtigden daar het slachtoffer van worden; dat een overname binnen een veilige arbeidsverhouding mogelijk moet blijven en stimulansen voor de indienstneming van die doelgroep noodzakelijk blijven;

Overwegende dat het in die omstandigheden een logische gevolgtrekking is om de verhoogde subsidies nog eens met dezelfde duur - dit is tot en met 30 juni 2021 - te verlengen;

Overwegende dat dit besluit om de voormelde redenen zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. - In artikel 54.2 van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 14 mei 2020, worden de woorden "31 december 2020" vervangen door de woorden "30 juni 2021".

Art. 2. - In artikel 54.3 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 14 mei 2020, worden de woorden "31 december 2020" vervangen door de woorden "30 juni 2021".

Art. 3. - In artikel 54.4 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 14 mei 2020, worden de woorden "31 december 2020" vervangen door de woorden "30 juni 2021".

Art. 4. - In artikel 1 van het besluit van de Regering van 22 november 2018 tot vaststelling van de basisdotatie en de bijkomende dotaties in het kader van de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, gewijzigd bij ministerieel besluit van 15 oktober 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het bedrag "1.542.061,40 euro" vervangen door het bedrag "1.603.744 euro";

2° in het tweede lid wordt het bedrag "7.648,00 euro" vervangen door het bedrag "7.954 euro";

3° in het derde lid wordt het bedrag "104.124,97 euro" vervangen door het bedrag "108.290 euro".

Art. 5. - In artikel 2 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 15 oktober 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het bedrag "140.803,40 euro" vervangen door het bedrag "146.436 euro";

2° in het tweede lid wordt het bedrag "7.648,00 euro" vervangen door het bedrag "7.954 euro".

Art. 6. - In artikel 2.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 14 mei 2020, wordt het vierde lid vervangen door een vierde en een vijfde lid, luidende :

“Vanaf 1 januari 2021 wordt de in het eerste lid vermelde bijzondere dotatie waarop werkelijk een beroep werd gedaan, toegevoegd aan de basisdotatie of, naargelang van het geval, aan het overgedragen budget van de betrokken plaatselijke besturen.

De bijzondere dotatie vermeld in het vierde lid wordt vanaf 1 januari 2021 met 4 % verhoogd.”

Art. 7. - In het besluit van de Regering van 22 november 2018 tot vaststelling van de basisdotatie en de bijkomende dotaties in het kader van de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid wordt een artikel 2.2 ingevoegd, luidende :

“Art. 2.2 - Met behoud van de toepassing van de artikelen 1 tot 2.1 kent de Regering voor de periode van 1 januari 2021 tot 30 juni 2021 een bijzondere dotatie toe aan de werkgevers vermeld in artikel 24 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid en dit in verhouding tot de AktiF- en AktiF PLUS-subsidies die vanaf die datum voor nieuwe aanwervingen worden toegekend.

Vanaf 1 juli 2021 wordt de in het eerste lid vermelde bijzondere dotatie waarop werkelijk een beroep werd gedaan, toegevoegd aan de basisdotatie of, naargelang van het geval, aan het overgedragen budget van de betrokken plaatselijke besturen.”

Art. 8. - Overeenkomstig artikel 43.7 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid wordt dit besluit, onmiddellijk na de aanneming ervan, overgezonden aan de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 9. - Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2021.

Art. 10. - De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 26 november 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH
De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media
I. WEYKMANS

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2020/205556]

3 DECEMBRE 2020. — Arrêté du Gouvernement wallon approuvant les référentiels de validation des compétences des métiers de Monteur/Monteuse en chauffage sanitaire, Ouvrier Boulanger-Pâtissier/Ouvrière Boulangère - Pâtissière, Magasinier/Magasinière, Peintre industriel/Peintre industrielle, Jardinier/Jardinière d'entretien, Fontainier/Fontainière, Découpeur/Désosseur - Découpeuse/Désosseuse, Monteur/Monteuse frigoriste

Le Gouvernement wallon,

Vu l'accord de coopération du 21 mars 2019 entre la Communauté française, la Région wallonne et la Commission communautaire française relatif à la validation des compétences;

Vu le décret du 2 mai 2019 portant assentiment à l'accord de coopération 21 mars 2019 entre la Communauté française, la Région wallonne et la Commission communautaire française relatif à la validation des compétences;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 13 septembre 2019 fixant la répartition des compétences entre les Ministres et réglant la signature des actes du Gouvernement, tel que modifié;

Vu les propositions favorables de la commission de référentiels et du Comité directeur du Consortium de validation de compétences rendus le 8 mai 2019, 26 juin 2019, 3 octobre 2019, 19 décembre 2019, 5 février 2020 et 25 mars 2020;

Vu le rapport du 4 juin 2020, établi conformément à l'article 3, 2^o, du décret du 11 avril 2014 visant à la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales;

Sur la proposition de la Ministre de l'Emploi et de la Formation;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Les référentiels de validation de compétences suivants sont approuvés par le Gouvernement wallon :

Métier	Titres	Code
Monteur / Monteuse en chauffage sanitaire	UC1 : Exécuter le montage d'une installation d'éléments rigides assemblés par emboîtement	MONTCHAUFSAANI-1
	UC2 : Exécuter le façonnage et le placement de tuyauteries métalliques, synthétiques et d'acier fileté	MONTCHAUFSAANI-2
	UC3 : Exécuter le placement et le raccordement d'appareillage de chauffage	MONTCHAUFSAANI-3
	UC4 : Exécuter le façonnage et le placement de conduites d'évacuation des eaux usées, placement et raccordement d'appareils sanitaires	MONTCHAUFSAANI-4